

# Pressemitteilung der Bürgermeisterin der Gemeinde Bech

Bech, 11.12.2025

## Vorgeschobene und haltlose politische Gründe

Der vom Schöffenrat vorgelegte Haushaltsentwurf 2026 war das Ergebnis eines intensiven und transparenten Arbeitsprozesses. Er basierte auf der Schöffenratserklärung 2023–2029 sowie auf dem Masterplan Bech 2035, der gemeinsam mit der Bevölkerung erarbeitet und am 9. Juli vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet wurde.

Trotz dieser klaren strategischen Grundlage legte die Opposition kurz vor der Haushaltsdebatte vier vorbereitete Deliberationen vor. Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die darin angeführten Änderungswünsche weder fachlich noch politisch haltbar waren. Viele Forderungen bezogen sich auf Maßnahmen, die längst umgesetzt oder bereits verbindlich geplant waren, was eine deutliche Unkenntnis der tatsächlichen Entwicklungen in der Gemeinde offenbart.

So wurden zusätzliche Beteiligungsformate gefordert, obwohl im Jahr 2025 bereits ein Bürgeratelier und ein Klimaforum stattfanden – ohne Teilnahme der Opposition. Auch der Vorschlag eines Pilotprojekts zur Photovoltaik übersah, dass bereits drei Anlagen auf Gemeindestrukturen installiert wurden, weitere in Vorbereitung sind und die Gründung einer Energiegemeinschaft bereits eingeleitet wurde. Ebenso waren Forderungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vorgeschoben, obwohl zwei entsprechende Projekte im einstimmig verabschiedeten Masterplan Bech 2035 festgelegt sind. Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität wurden ebenfalls bereits umgesetzt und hätten im Budget 2026 weitergeführt werden sollen.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die vorgebrachten politischen Argumente weder auf Fakten basierten noch eine sachliche Grundlage für die Ablehnung des Haushalts darstellten.

## Persönliche Attacken und wahre Hintergründe

Parallel zu den politisch haltlosen Begründungen kam es im vergangenen Jahr zunehmend zu persönlichen Angriffen, die das Arbeitsklima im Gemeinderat erheblich belasteten. In den letzten Monaten führten diese Spannungen dazu, dass die Zusammenarbeit mit einem Ratsmitglied aus der eigenen Majorität kaum noch möglich war. Dieses Ratsmitglied, das mehrere Amtszeiten lang Schöffe war und nun kein exekutives Mandat mehr innehat, reagierte wiederholt mit Blockadehaltungen und Druckversuchen.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der Schwangerschaft der amtierenden Bürgermeisterin im Frühjahr verschärfte sich die Situation weiter. Immer wieder wurden persönliche Kommentare geäußert, die nicht die politische Arbeit betrafen, sondern die Vereinbarkeit von Amt und Mutterschaft infrage stellten. Dazu zählten

auch Aufforderungen, das Mandat zugunsten des betreffenden Ratsmitglieds niederzulegen, sowie abwertende Andeutungen, die darauf abzielten, die Bürgermeisterin bereits vor der Geburt als „schlechte Mutter“ darzustellen, falls sie ihr Amt weiterhin ausübe. Solche Aussagen überschreiten klar die Grenzen eines respektvollen politischen Umgangs und haben in einem demokratisch gewählten Gremium keinen Platz.

Darüber hinaus wurde über einen längeren Zeitraum politischer Druck aufgebaut, indem mehrfach angekündigt wurde, künftig mit der Opposition zu stimmen, um sich selbst zur entscheidenden Stimme – dem sogenannten „Zünglein an der Waage“ – zu machen. Ziel dieser Drohungen war es erkennbar, persönliche Einflussnahme auszuüben und Machtverhältnisse zum eigenen Vorteil zu verschieben.

## **Schlussfolgerung**

Die Ablehnung des Haushalts 2026 beruht somit nicht auf sachlichen Erwägungen, sondern auf vorgeschenbenen Argumenten und einer zunehmenden Politisierung persönlicher Motive. Dies ist bedauerlich und steht dem Interesse der rund 1.400 Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde entgegen.

Die Bürgermeisterin wird ihren Pflichten weiterhin mit professioneller Sorgfalt nachkommen und für einen strukturierten Ablauf der gestern eingeleiteten Prozedur, stets im Interesse der Gemeinde, sorgen.

**Jill Goeres, Bürgermeisterin**